Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse

Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl

Band: 32 (2007)

Heft: 3

Rubrik: Jenischer Bund Deutschland

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jenischer Bund Deutschland

Presse-Erklärung des J/B/i/D e.V. vom 24. August 2007 mit der Bitte um Veröffentlichung:

Der Vorsitzende des Bundesrats der Jenischen Deutschlands, zu den rechtsextremen Vorgängen in Sachsen unter denen auch immer wieder die Jenischen dort zu leiden haben ...

In einem persönlichen Schreiben an den sächsischen Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt, äußerte sich der Vorsitzende des "Bundesrats der Jenischen Deutschlands" im J/B/i/D e.V., Timo A. Wagner, sehr besorgt über die aktuellen Vorgänge in Sachsen und der im dortigen Landtag vertretenen Rechtsextremen Partei NPD, die gerade wieder verlautbaren ließ, dass sie „erwägt eine weitere Beschwerde beim MDR wegen der mehrfachen, willkürlichen Erwähnung der NPD in der Berichterstattung über die Vorfälle in Mügeln einzureichen“ und forderte solch rechtslastig geprägtem Treiben Seitens der Landesregierung endlich entschieden entgegenzuwirken! Insbesondere verwies Wagner auf die seinem Bundesverband immer wieder gemeldeten, massiven Diskriminierungen, bzw. teilweise sogar schon fast anfeindender Begegnung gegenüber von Jenischen, die als so genannte „Landfahrer“ oder „Zigeuner“ von Ordnungsämtern und Polizeibehörden oftmals vollkommen unnötig schikaniert würden und immer öfter auch zu Unrecht fiktiver Straftaten beschuldigt werden! Ebenso fallen die immer öfters zu verzeichnenden Probleme Jenischer mit den Jugendämtern gerade in Sachsen auf, die den Jenischen versuchen die, wie es ihrer jahrhundertealten Kultur entspricht über die Sommermonate auf „die Reise“ gehen und mit Ihren Kleingewerben und Wohnwägen von Ort zu Ort ziehende Lebensart mit schadenfeinigem Verweis auf die Schulpflicht der Kinder verbieten wollen. Die seit jeher in Deutschland getroffene Lösung, wobei die Kinder mittels einem so genannten „Schulbuch“, in welchem die jeweilig besuchten Schulen Lehrstoff und Schulbesuche bestätigten wo die Familie mindestens für 3 Tage stehen konnte, sei auf einmal (lt. Schul- und Jugendämtern) als „ungenügend“ zu bewerten.

Ein solch erneuter Versuch, die Jenischen mittels ihrer Kinder zwangszuassimilieren wird von den 450 000 Jenischen allein in der BRD auf das Schärfste verurteilt, so Wagner. „Es kann und darf nicht sein, dass deutsche Behörden der Holocaustopfergruppe der Jenischen erneut das Recht auf ihre seit jeher angestammte „reisende“ Kultur und Lebensart absprechen“! Ebenso werden immer öfter, gerade auch aus Sachsen, Übergriffe von Neonazis, bzw. so genannten „Skinheads“ auf unsere Volksgruppenangehörige gemeldet und wenn diese sich dann Hilfe suchend an die örtliche Polizei wenden, würden diese ihnen lediglich raten „weiter zu ziehen“ und zukünftig doch „besser aufzupassen wo sie stehen blieben“. Ein solches Verhalten von Beamten gegenüber Minderheiten ist absolut inakzeptabel und muss umgehen unterbunden werden, schrieb Wagner und forderte Unterstützung durch das Land Sachsen zur Betreuung seiner Volksgruppenangehörigen nach solchen Verfehlungen und natürlich in erster Linie zu deren Unterbindung. Weiter müssen auch in Sachsen von den Behörden flächendeckend ausgewiesene „Landfahrerplätze“ geschaffen werden, auf denen eine menschenwürdige und vor allem auch sichere Standmöglichkeit für die Jenischen bei der Ausübung Ihrer Jenischen Kultur und Lebensart in Sachsen geschaffen wird ...

Jenischer Bund Deutschland

Im Namen und für den „Bundesrat der Jenischen Deutschlands“, den „Europarat der Union der Jenischen Minderheit in Europa“ und den Bundesverband des „Jenischen Bundes in Deutschland und Europa“ e.V.

Timo Adam Wagner
Vors. Bundesrat der Jenischen Deutschland
Stimmberechtigtes Mitglied des Europarats der Jenischen Deutschlands

Stellungnahme der Radgenossenschaft der Landstrasse
von Robert Huber

Auch wir konnten den Medien entnehmen, dass in Sachsen erneut rassistische Übergriffe statt fanden. Die Unmut einiger kleinen, meist rechtsradikalen Gruppen sind für Minderheiten wie es auch die jenische Kultur ist, immer sehr gefährlich. Durch die Unzufriedenheit dieser Gruppen, entstehen immer mehr gewalttätige Angriffe. Wie Timo Wagner schilderte, ist es bei solchen An– und Übergriffen vor allem für Jenische sehr schwer, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Es ist sehr wichtig, dass die Behörden sofort und unmissverständlich gegen diese Gruppen agieren, damit es nicht zu weiteren und noch schlimmeren Vorkommnissen kommt.
Alle Menschen, welche von rassistischen oder sonstigen rechtsradikalen Angriffen betroffen sind, müssen geschützt werden. Solche Vorkommnisse sind jedoch nicht nur in Deutschland an der Tagesordnung, leider auch in der Schweiz, in ganz Europa - auf der ganzen Welt….

Die Radgenossenschaft der Landstrasse verurteilt solche An– und Übergriffe aufs schärfste und unterstützt die Aussagen von Timo Wagner.
Jeder Mensch hat Pflichten - aber jeder Mensch hat auch Rechte. Dazu gehört auch, dass die Polizei, Behörden, Kantone, Länder, ihn vor gewalttätigen Menschen schützt. Es ist uns unverständlich, dass obwohl die Existenz solcher aggressiven Gruppen bekannt ist, nichts unternommen wird. Die Leidtragenden sind immer die Minderheiten, den würde es den Rest der Welt betreffen, wäre schon längst etwas unternommen worden.

Aber Minderheiten, wie wir Jenischen sind, haben über die vielen Jahre der Ungerechtigkeit auch gelernt, für die eigenen Ideale, für die Familie sowie die Kultur einzustehen und zu kämpfen. Wir kämpfen jedoch nicht mit unseren Fäusten oder Waffen - wir kämpfen mit unseren Herzen.

Robert Huber
Präsident der Radgenossenschaft